

Antrag

öffentlich

Datum

01.06.2018

Nummer

A0068/18

Absender

Fraktion DIE LINKE/future!

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates
Herr Schumann

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

14.06.2018

Kurztitel

Diskriminierende Werbung im öffentlichen Verkehrsraum

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, diskriminierende Werbung, insbesondere solche, die gegen die „Grundregeln zur kommerziellen Kommunikation“ des Deutschen Werberates verstößt, im öffentlichen Verkehrsraum zu untersagen und dem Stadtrat eine entsprechende Änderung der Sondernutzungssatzung vorzulegen.

Begründung:

Vor einigen Wochen warb ein Pizzaliefersdienst stadtweit mit diskriminierender Werbung für seine Produkte. Dies ist leider kein Einzelfall. Immer wieder kommt es zu diskriminierender Werbung im öffentlichen Verkehrsraum, insbesondere solche, die Frauen auf ihre sexuellen Merkmale reduziert. Immer mehr Städte gehen gegen diskriminierende Werbung im öffentlichen Verkehrsraum vor und verbieten diese durch Änderungen der Sondernutzungssatzungen.

Oliver Müller
FraktionsvorsitzenderDennis Jannack
Stadtrat